



Der Vorsitzende des  
Beteiligungsausschusses  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3384  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

Wiesbaden, 04.03.2015

1. Den Mitgliedern des Beteiligungsausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Beteiligungsausschusses  
am Dienstag, 10. März 2015, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

## Tagesordnung

1. 14-F-33-0123

Projektstruktur interne Revision

**ANLAGE**

Es findet eine gemeinsame Beratung mit dem Revisionsausschuss statt.

2. 15-A-53-0002

Vorstellung TriWiCon

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.01.2015

4. **15-F-33-0019**

Finanzierung des ÖPNV

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 25.02.2015 -

Der Beteiligungsausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten die Geschäftsführung der ESWE-Verkehr zu beauftragen, nachhaltige Einsparvorschläge in Höhe von mindestens 800T€ ab 2015 dem Aufsichtsrat ESWE-Verkehr vorzulegen. Dabei sind die bisher vorgeschlagenen Einsparungen aus Verschiebungen von Investitionsmaßnahmen in Höhe von 139 T€ anderweitig zu erbringen.
2. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird zukünftig durch eine Sitzungsvorlage „ÖPNV-Finanzierung“ die Höhe der maximalen Verlustübernahme bei der WVV für ESWE-Verkehr durch die Stadtverordnetenversammlung verbindlich festgelegt. Für die Haushaltsplanjahre 2015/2016/2017 wird der durch die WVV auszugleichende Verlust der ESWE Verkehrs GmbH gemäß folgendem Tableau festgelegt:

Angaben in T€	IST	HR	Wi-Plan	Mittelfristplanung	
	2013	2014	2015	2016	2017
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	-11.727	-18.713	-22.524	-22.738	-22.982
<u>Bereits beschlossene Finanzierungszusagen</u>					
StVV-Beschluss zum FPW 2015 *1			335	335	335
WVV-AR-Beschluss vom 08.04.2014			450	450	450
Summe Finanzierungszusagen			785	785	785
Zwischensumme			-21.739	-21.953	-22.197
Von der GF zugesagte zusätzliche Einsparungen			800	970	
Zusätzliches Einsparziel Schätzung *2					1.200
<b>Beschluss Beteiligungsausschuss</b>			<b>-20.939</b>	<b>-20.983</b>	<b>-20.997</b>

\*1: Für laufenden Doppelhaushalt 2014/2015 StVV-Beschluss Nr. 0427 vom 02.10.2014, für Folgejahre Anmeldung ESWE Verkehr bei Dez. IV für Haushaltsplanung, gem. Schreiben vom 30.12.2014 erfolgt

\*2: Für einzelne Maßnahmen wird StVV-Beschluss notwendig

3. Die in der jährlich durch Dezernat IV einzubringenden Sitzungsvorlage dargestellten Maßnahmen zum Fahrplanwechsel müssen in diesem finanziellen Rahmen abgebildet werden können oder alternative Deckungsvorschläge benennen.
4. Der Magistrat wird gebeten in einer gesonderten Sitzungsvorlage ein Bonus-Malus-System zu entwickeln, welches auf Grundlage des Anhangs der EU-Verordnung 1370/2007 im Minimum Anreize zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer objektiv nachprüfbaren wirtschaftlichen Geschäftsführung und der Erbringung von Personenverkehrsdiensten in ausreichend hoher Qualität, bietet.
5. Der Magistrat wird gebeten, die Geschäftsführung von ESWE-Verkehr in Zusammenarbeit mit der LNO zu bitten, mittelfristig konkrete Vorschläge für Einsparmöglichkeiten durch
  - die Senkung des Krankenstandes,
  - eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Mainzer Verkehrsbetrieben – u. a. auch durch die gegenseitige oder gemeinsame Übernahme von Aufgaben,
  - die Optimierung von Fahrplanmaßnahmen und
  - die Erzielung zusätzlicher Einnahmen z. B. durch eine Überbauung des Betriebshofes in Zusammenarbeit mit Dritten

zu erarbeiten und – je nach Zuständigkeit – dem Beteiligungsausschuss und der Stadtverordnetenversammlung oder dem Aufsichtsrat der ESWE-Verkehr zur Beschlussfassung vorzulegen.

## 5. 15-A-53-0001

Wirtschaftsplan ESWE Verkehr

### ANLAGE

## 6. 15-F-03-0028

HSK: Umstrukturierungen / Entlassungen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.03.2015

Der Presse vom 26.2. 2015 war zu entnehmen, dass die HSK-Belegschaft über deutlich gestiegene Belastungen klagt und ca. 90.000 Überstunden 2014 angefallen sind. Gleichzeitig seien die Überlastungsanzeigen auf einen neuen Höchststand gestiegen. Dennoch betreibt die Geschäftsführung der HSK ihr Personalabbau Programm offensichtlich weiter.

Mit Presse vom gleichen Tag verlautbarte die Helios-Gruppe neue Rekordgewinne.

Der Ausschuss möge beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Treffen die Presseberichte zu den angefallenen Überstunden und Überlastungsanzeigen zu?
2. Wie bewertet der Magistrat diese Entwicklungen, besonders angesichts des weiterbetriebenen Personalabbaus?
3. Welche Maßnahmen plant die HSK-Geschäftsführung im Detail, wenn diese von „Umstrukturierungen“ spricht?

## 7. 15-F-03-0029

Bürgerfeindliche Art des Gebühreneinzugs für Straßenreinigung und Abwasser beenden!  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2015 -

Der Tagespresse war zu entnehmen, dass die Stadt bzw. die ELW bei der Gebührenbeitreibung von Ab- und Niederschlagswasser sowie von Straßenreinigungsbeiträgen bei Eigentümergemeinschaften einzelne Eigentümer als Gesamtschuldner in Anspruch nimmt. Der Beteiligungsausschuss hatte sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit der Thematik beschäftigt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

das Abschieben des Verwaltungsaufwandes und der Kostenrisiken auf die Bürgerschaft unverzüglich zu beenden und eine bürgerfreundliche Lösung bei der Gebühreneinziehung in diesen Fällen zu entwickeln.

## 8. 15-F-03-0030

Weiterbeschäftigung von ehemaligem Geschäftsführer der WIM GmbH  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2015 -

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten
  - 1.1 In welchen Zeitraum war Herr Mathias Müller bisher in welcher Funktion, mit welchem Umfang bei welcher städtischen Beteiligungsgesellschaft tätig?
  - 1.2 Wann wurde das Beschäftigungsverhältnis wie und warum beendet?
  - 1.3 Treffen Berichte der Lokalpresse zu, wonach mit Herrn Müller danach ein Beratervertrag abgeschlossen wurde? Wenn ja, warum erfolgte dies?

1.4 Für welche Aufgaben wird Herr Müller konkret benötigt?

1.5 Treffen die Angaben in der Lokalpresse hinsichtlich des Honorars von Herrn Müller zu?  
Wenn nicht, wie hoch ist das Honorar?

2. Der Magistrat wird gebeten, den Beratervertrag der WIM GmbH mit Herrn Mathias Müller dem Ausschuss vorzulegen.

9. **15-V-20-0004**

**DL 06/15-5**

Bericht über die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden

10. **14-F-33-0109**

Auswirkungen Hessisches Vergabe- und Tariftreuegesetz  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 25.09.2014 -

**ANLAGE**

11. **15-V-04-0002**

**DL 08/15-3**

Änderung des Gesellschaftervertrages ivm GmbH

12. Sachstand Beteiligungsrichtlinien / Ausarbeitung einheitlicher Vertragsgrundsätze

13. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Lorenz  
Vorsitzender